

Schulbericht 2005 (Schuljahr 2005/2006)
- Zustimmende Kenntnisnahme

Beschluss: (einstimmig)

Der Schulbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Schulbericht 2005 listet die verfügbaren statistischen Daten der Schulen für das Schuljahr 2005/06 auf. Auf 54 Seiten und unterteilt in sechs Kapitel werden die schulrelevanten Zahlen aller 20 Schulen in Ettlingen, davon 14 in städtischer Trägerschaft, aufgeführt. Die Schülerzahlen sind sowohl im Vergleich zu den vergangenen Jahren, als auch mit Blick auf die Zukunft dargestellt. Die finanziellen Aufwendungen für die 13 städtischen Schulen haben sich gegenüber 2004 im Verwaltungshaushalt um 26 % und im Vermögenshaushalt um 7 % erhöht. Der Schulbericht enthält Anmerkungen zum aktuellen Sachstand. Die Weiterentwicklung der Ettlinger Schulstrukturen wird im Schulentwicklungsplan dargestellt, welcher dem Gemeinderat nach der Sommerpause 2006 vorgelegt wird.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist der Schulbericht 2005 beigelegt.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.07.2006 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zuzugänglich sind, wird hingewiesen.

- - -

Stadträtin Eble stimmt für die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage zu und erläutert, dass die Zahlen bei der Anne-Frank-Realschule (S.16) zeigen, dass bei Wegfall des Einzugsgebietes, die notwendigen Schülerzahlen wahrscheinlich nicht mehr erreicht werden würden. Sie verweist auf einen Presseartikel, in dem beschrieben worden sei, dass die Schüler unter der Hitze der letzten Tage sehr leiden würden. Sie betont, dass es für das Eichendorff-Gymnasium fertige Pläne, unter anderem für den Lichtschutz, gebe und der Gemeinderat dieses Thema nun endlich angehen müsste, da Ettlingen auch Schulstadt bleiben wolle.

Stadträtin Dr. Eyselen vertritt die Auffassung, dass man bei mehr als 8.000 Schülern von einer Schulstadt sprechen dürfe. Sie weist auch darauf hin, dass über 48 % der Schüler Gymnasien besuchen würden und dass dies überdurchschnittlich hoch sei. Bei einem Rückgang der Schülerzahlen plädiert sie dafür, dass es kleinere Klassen gebe. Sie ergänzt, dass sie die Einrichtung der verlässlichen Grundschulen an allen Schulen sehr positiv sehe.

Stadtrat Lorch berichtet, dass der Schulentwicklungsplan auf dem Schulbericht basiere und dass es auch Steigerungen im Etat 2005 gegenüber 2004 gegeben habe. Er ist auch der Meinung, dass die hohe Frequentierung bis zum Jahr 2012/2013 anhalten werde. Er lässt auch wissen, dass Ettlingen ein Mittelzentrum sei und dass daher die vielen auswärtigen Schüler an

Ettlinger Schulen gerechtfertigt seien. Er informiert, dass die Gemeinde Malsch einen Antrag auf Einrichtung einer Realschule gestellt habe, seiner Ansicht nach dieser aber wohl abgelehnt werden würde, so dass die Schüler weiterhin Ettlinger Schulen besuchen würden. Bezüglich des Schulzentrums fordert er, dass durch die Steigerung der Schülerzahlen ein Antrag auf Ganztags Schulbetrieb gestellt werden sollte.

Stadträtin Saebel betont, dass man sich wegen der Einrichtung einer Realschule in Malsch ständig informieren müsse, damit man sofort reagieren könne, falls diese dort genehmigt werden würde. Sie stellt folgenden Antrag:

1. „Die Verwaltung möge prüfen, welche kurz-, mittel- und langfristigen Möglichkeiten für eine Verbesserung der klimatischen Bedingungen während der Sommermonate in kommunalen Schulgebäuden, bestehen.

Begründung:

Angesichts des zweiten „Jahrhundertsommers“ in vier Jahren und der prognostizierten weiteren Erwärmung halten wir es für erforderlich, zu überlegen, wie durch Maßnahmen zur Beschattung, Klimatechnik, Fassadenbegrünung oder durch bauliche Veränderungen an kommunalen Schulgebäuden, die Temperaturen für unsere Schüler erträglicher zu gestalten sind. Gegenwärtig herrscht spätestens nach der dritten Schulstunde Brutkastenatmosphäre in vielen Klassenzimmern, die restliche Unterrichtszeit wird zur Tortur für Lehrer und Schüler. Die Lehrer klagen über unkonzentrierte Klassen, Schüler über Übelkeit und Kopfschmerzen. Früher endete die Schulzeit in der Regel mittags, im Rahmen von G 8 und Ganztagschule, erstreckt sich die tägliche „Schülerarbeitszeit“ aber immer öfter bis in den späten Nachmittag. „Hitzefrei“- Freude ganzer Schülergenerationen soll nicht mehr gegeben werden, damit das Unterrichtspensum erreicht wird. Wir meinen, als Schulträger sind wir gefordert zu überlegen, welche Möglichkeiten der Abhilfe wir haben.

2. Außerdem schlagen wir vor, in einem offenen Brief an die Kultusministerkonferenz auf das Problem des späten Ferienbeginns in Baden-Württemberg hinzuweisen und diese aufzufordern, den Ferienbeginn mehr an den Interessen der Schüler, als an der Tourismusbranche zu orientieren.“

Oberbürgermeisterin Büsselmann weist darauf hin, dass dieser Antrag nicht zum „Schulbericht“ gehöre.

Stadträtin Lumpp befürchtet, dass in Oberweiler irgendwann die Grundschule wegen der rückgängigen Schülerzahlen geschlossen werden müsste. Sie betont, dass sie die Integrationsklassen sehr begrüße und bei der künftigen Schulplanung die Wanderungen von den Realschulen auf die Gymnasien eingeplant werden müssten.

Stadtrat Dr. Böhne ist der Auffassung, dass dieser Bericht nicht Schulbericht, sondern Schulstatistik genannt werden müsste, da in einen Bericht u. a. die Darstellung von Problemen und deren Auswirkungen gehöre.

Oberbürgermeisterin Büsselmann erläutert zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, dass die Ferien im nächsten Jahr zwei Wochen früher beginnen würden und eine einzelne Schulstadt hier nur wenig bewirken könne. Sie schlägt vor, den Antrag als Prüfauftrag anzunehmen.

Stadträtin Saebel bittet um Behandlung als Antrag und Abstimmung hierüber.

Oberbürgermeisterin Büsselmann wiederholt nochmals, dass dieser Antrag nicht im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes gestellt werden könne, da er nicht zum Thema „Schulbericht“ gehöre.

Stadträtin Zeh erklärt, dass sie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze.

Stadtrat Deckers verdeutlicht, dass ihm der Antrag zu unpräzise formuliert sei und erst mal konkrete Probleme eruiert und Lösungsansätze gefunden werden müssten.

Stadträtin Eble vertritt die Meinung, dass dies nicht das erste Jahr sei, in dem es heiß sei und Probleme langsam und sukzessive angegangen werden müssten.

Oberbürgermeisterin Büssemaker betont, dass sie den Antrag nicht zu diesem Tagesordnungspunkt zulasse.

Stadträtin Seifried-Biedermann weist darauf hin, dass es künftig verstärkt Nachmittagsunterricht geben werde.

Stadträtin Nickel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Stadträtin Saebel fordert, dass über ihren Antrag abgestimmt werde.

Oberbürgermeisterin Büssemaker stellt fest, dass dem Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte mit 34:3 Stimmen (2 Enthaltungen) stattgegeben wird.

Oberbürgermeisterin Büssemaker betont nochmals, dass sie den Prüfauftrag nicht annehme.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

- - -